

12 EMWENLOSSE ENSCHNITTEN

5 PF.

NOTVERORDNUNG

Unterstützungs-
raub!

Rentenabbau!

Hitlers Mord-S.A.
legal!

Zuchthaus-
urteile!

Massen-
verfolgungen!

Die Geschichte zweier Brüder

Jrgendwo in Berlin, im Wedding oder in Neukölln, wohnten zwei Brüder. Karl Hante war 27 Jahre alt, Otto 29 Jahre. Karl war Metalldreher, seit über drei Jahren erwerbslos; Otto, Buchbinder, war auch schon vor zwei Jahren zum letzten Male im Betrieb gewesen. Karl war verheiratet und hatte zwei kleine Kinder. Otto war mit einer jungen Arbeiterin verlobt. Wir greifen einen Tag aus dem Leben der beiden Brüder heraus.

Es ist der 28. Mai 1932. Karl Hante sitzt am Tisch seiner kleinen Stube, in der er mit der ganzen Familie haust; vor ihm auf der Tischplatte liegt ein Schreiben des Hauswirts, in dem ihm mitgeteilt wird, daß am 1. Juni die Ex-mission erfolgt, falls er nicht bis dahin die drei Monate rückständige Miete bezahlt hat. Die Frau ist mit den Kindern weggegangen. Karl grübelt: woher soll er das Geld nehmen? Auf der Wohlfahrt war er mindestens schon achtmal; immer wieder hat man ihn getröstet. Die Unterstützung, die er bekommt, langt nicht einmal zur Nahrung für sich und die drei anderen. Sein Anzug ist zer-
seht; das, was er an den Füßen hat, sieht kaum noch wie Schuhwerk aus; er hat Hunger, denn erst am Dienstag gibt es wieder Unterstützung, und die paar Mark vom letzten Mal sind längst verbraucht. Die drei Jahre des Elends gehen ihm durch den Kopf. Zuerst nahm er seine Arbeitslosigkeit nicht weiter tragisch, aber dann wurde es immer schlimmer, immer weiter wurde die Unterstützung gesenkt, immer geringer wurde die Aussicht, jemals wieder Arbeit zu bekommen, immer unerträglicher wurde das Zusammenleben mit der hun-
gernden Frau und den hungernden Kindern. . . .

Karl sprang auf. Schluß! Was hatte das Ganze denn noch für einen Sinn? Für wen lebte er eigentlich? Sollte er bis an sein Lebensende hungern? Schluß! Er riß die beiden Fensterflügel weit auf, ein Sprung. . .

Als die Frau zwei Stunden später nach Hause kam, standen überall, vor dem Haus, auf dem Hof, auf den Treppen erregte Menschen. Ein Schupo ging vor dem Haustor auf und ab. Großer Gott, dachte die Frau, was ist passiert. Sie sah die scheuen, fast lauernden Blicke der Nachbarn, in fliegender Hast stürzte sie die Treppe hinauf: „Karl . . .!“

Oben im Zimmer war der Schwager Otto. Er versuchte, die zusammen-
gebrochene Frau zu trösten. Die Frau wußte gar nicht recht, was um sie herum
vorging. Sie wimmerte immer nur leise den Namen des Toten.

Nach zwei Stunden ging Otto. Seine Braut blieb bei der Frau und den
Kindern. Otto mußte zu einer Sitzung. . .

Auch Otto ging es schlecht. Seine Unterstützung war noch niedriger als die,
die der tote Bruder bekommen hatte. Er wohnte in einem elenden Loch, wo er
8 M. Miete wöchentlich bezahlte. Rund 4 M. blieben ihm zum Leben: für Essen
und Trinken, die Kleidung, für die Zigarette, die er sich selten genug gönnte.

Aber Otto war nicht mutlos. Karl war ein Einzelgänger gewesen, einer, der nicht gesehen hatte, daß er nicht alleine war, sondern daß Millionen gleich ihm ohne Arbeit waren. Karl hatte abgewinkt, wenn einer mit ihm über die Ursachen der Arbeitslosigkeit sprechen wollte, Karl war nicht in Versammlungen gegangen, Karl hatte nicht begriffen, daß er mitten drin stand in der Politik, ob er wollte oder nicht.

Otto wußte, wer schuld war an seiner Erwerbslosigkeit. Otto sah die Zusammenhänge. Angeboren war ihm das nicht. Aber er hatte nachgedacht, hatte mit anderen darüber gesprochen, war zu der Erkenntnis gekommen: wenn wir nicht kämpfen, dann müssen wir sterben. Und er wollte kämpfen, zusammen mit den Millionen Erwerbslosen, mit den Millionen Unterdrückten in Deutschland, in Amerika, in Japan, in der ganzen kapitalistischen Welt.

Heute spricht Otto in der Erwerbslosenversammlung. Und er beginnt mit dem, was ihm im Augenblick am nächsten liegt, mit dem Selbstmord des Bruders. Dann fährt er fort:

Ist Selbstmord ein Ausweg?

Täglich lesen wir in den Zeitungen von Selbstmorden, und während die bürgerliche Presse meist schamhaft angibt „Ursache unbekannt“ oder „Liebeskummer“, wissen wir, warum sich täglich eine Anzahl Menschen das Leben nehmen.

Ein einziges Beispiel:

Die „Rote Fahne“ vom 2. Juni 1932 meldet: „Der furchtbare Selbstmord einer ganzen Arbeiterfamilie wurde im Hause Swinemünder Straße 84 im Norden Berlins entdeckt. Der 37 Jahre alte arbeitslose Widler Bruno Bauers, seine 35 Jahre alte Frau und der 12jährige Sohn sind in ihrer Wohnung mit Gas vergiftet tot aufgefunden worden.“

Solche Meldungen lesen wir täglich. Wir wundern uns schon gar nicht mehr darüber. Wir sind so abgestumpft durch die eigene Not, daß uns ein Selbstmord als nichts besonderes erscheint. Und doch sind die folgenden Zahlen erschütternd, eine furchtbare Anklage gegen das kapitalistische System, daß täglich in Deutschland 44 Menschen in den Tod treibt.

99 Prozent aller Selbstmorde erfolgen aus wirtschaftlicher Not, 85 Prozent aller Selbstmörder sind erwerbslos.

In Europa schieden im Jahre 1930 50 000 Menschen „freiwillig“ aus dem Leben.

Von 1918 bis 1928, in zehn Jahren des „Hineinwachsens in den Sozialismus“, begingen in Deutschland 152 575 Menschen Selbstmord!

Aber, sind Selbstmorde ein Ausweg?

Wir reden nicht von „moralischer Verkommenheit“.

Mit Revolver und Gummiknüppel gegen die Erwerbslosen

Was tut die herrschende Klasse, die das ungeheure Elend der Millionen von Erwerbslosen selbst verschuldet hat, um dieses Elend zu lindern?

Sie veranstaltet „Wohltätigkeitsfeste“. Man muß sich einmal überlegen, welche gemeine Roheit darin steckt, sich den Wanst vollzuschlagen und sich zu amüsieren, mit der Begründung, damit die Not der Ausgebeuteten zu lindern.

Sie veranstaltet „Winterhilfen“. Die Feten, die die fatten Bürger sonst wegwerfen würden, werden an Erwerbslose verschenkt.

Aber am meisten wendet sie ein Mittel an, um dem Elend zu steuern:

Gummiknüppel und Revolver, Maschinengewehre und Tränengas, Massenverhaftungen und Zuchthausurteile, Terror an allen Ecken und Enden.

Einen besonders praktischen und der kapitalistischen Klasse durchaus würdigen Lösungsvorschlag macht der amerikanische Journalist Will Rogers. Er schrieb:

„Das Landwirtschaftsamt hat mit der Unordnung, jeden dritten Baumwollballen zu vernichten, eine glänzende Idee entwickelt. Die Hauptsache aber ist: es gibt zu viel Menschen. Erschießt jeden dritten Mann! Dieser ganze Plan ist ein sicherer Weg zurück zur Prosperität.“

Und in allen kapitalistischen Ländern beeilt sich die Polizei, das Ausführungsorgan der herrschenden Klasse, diesen Rat des sauberen Herrn Rogers, bei dem man mit dem Erschießen den Anfang machen sollte, zu befolgen. Greifen wir nur einige Beispiele heraus:

Vor den Fordwerken (Ford ist der von den ADGB-Bonzen nicht genug gelobte Verkünder des sozialen Kapitalismus) in Dearborn bei Detroit demonstrierten am 8. März 1932 50 000 Arbeitslose gegen die Erwerbslosigkeit und für ihre Wiedereinstellung. Herr Ford hatte ein Kleinaufgebot Polizei bereitgestellt, das gegen die anrückenden Erwerbslosen, deren Redner immer wieder die Friedfertigkeit der Demonstration betonte und die immer wieder die Demonstranten zur Ruhe ermahnten, mit Tränengas vorging. Gleichzeitig wurden die Arbeitslosen, die in ihrer jämmerlichen Kleidung ohnehin schon froren, von der Feuerwehr mit eiskaltem Wasser bespritzt. Aber diese Heldentaten genigten der Polizei, die Blut sehen wollte, noch nicht. Als die Arbeiter trotz Gas und Wasser weitermarschierten, gab die Polizei ohne jede Warnung eine Salve in die riesige Menschenmenge ab.

5 Proleten lagen tot auf dem Boden, mehr als 50 wurden schwerverletzt.

Und damit noch nicht genug: jetzt holte die Polizei Maschinengewehre heran und feuerte in die zurückflutende Menschenmasse.

Warum geht die amerikanische Polizei so gegen die Erwerbslosen vor? Die Begründung finden wir in der „Vossischen Zeitung“ vom 10. Mai 1932.

„Bei den Vorberatungen über den Antrag Costigans, nach dem die amerikanische Regierung Obligationen in Höhe von 500 Millionen Dollar für die Unterstützung der Arbeitslosen ausgeben soll, erklärte der Vertreter des amerikanischen Gewerkschaftsbundes, daß die ernsthafteste Gefahr einer Revolte der acht Millionen Erwerbslosen in den Vereinigten Staaten bestehe. Wenn die Herrschaft des Hungers noch fortduere oder gar noch schlimmer werde, müßten sich die Tore der Revolution weit öffnen. Bisher habe man eine Anzahl von Unruhen in Industriestädten als kommunistische Aktionen bagatelisiert. Er könne aber aus genauer Kenntnis der Dinge sagen, daß die Leute mit Kommunismus nichts zu tun hätten, sondern einfach Brot für sich und ihre Familien wollten.“

Der Antrag Costigans ist durch die Tatsache veranlaßt worden, daß die privat gesammelten Hilfsfonds für die Speisung der Erwerbslosen nahezu erschöpft sind. Die Regierung steht der Vorlage scharf ablehnend gegenüber.“

Die Regierung steht dem Plan, Erwerbslosenunterstützung zu zahlen, scharf ablehnend gegenüber. Sie gibt der Polizei den Befehl, zu schießen.

Aber läßt sich mit Polizeiangriffen das Elend abschaffen? Im Gegenteil, das Elend wird immer größer, aber im gleichen Maße auch wächst der Kampfwille der Erwerbslosen. Am 22. April wird das New Yorker Rathaus von Tausenden von Erwerbslosen gestürmt, die Brot und staatliche Unterstützung verlangen. Der Bürgermeister Jimmy Walker (der in eine riesige Korruptionsaffäre verstrickt ist) weigert sich, die Erwerbslosen anzuhören. Die Polizei prügelt und schlägt, 23 Erwerbslose werden verletzt. . .

In anderen Ländern das gleiche Bild:
In Neufundland stürmen Erwerbslose das Palais des Ministerpräsidenten und verprügeln das gesamte Ministerium.

In Australien täglich neue Erwerbslosenunruhen.

In Italien, unter der Krone des Blutfaschismus, ist die Lage der Erwerbslosen noch trostloser. Nur wenn der Arbeitslose vorher ununterbrochen 60 Tage gearbeitet hat (bei vielen Berufen wie Landarbeitern, Tagelöhnern usw. ist das unmöglich), bekommt er für 90 Tage Unterstützung, und zwar 3,75 Lire täglich, ungefähr 70 Pfg. Von den 1.147.945 Erwerbslosen, die Ende Februar amtlich registriert waren, während die wirkliche Zahl mindestens doppelt so hoch ist, wurden 302.000 unterstützt. Und die übrigen? Sie sollen verhungern. Aber sie wollen nicht, sie wehren sich: am 15. März kommt es in Rom zu schweren Zusammenstößen zwischen faschistischer Miliz und Erwerbslosen. Die Zahl der Toten wird verschwiegen. . . Am 24. Februar besetzten die Erwerbslosen das Gebäude der faschistischen Gewerkschaften in Florenz; einen Tag später stürmten sie die Bürgermeisterei in Mailand. Und überall schoß die Polizei, und überall gab es Tote. . .

In der Tschechoslowakei: am 25. November 1931 erschöß die tschechische Gendarmerie in Freiwaldau acht Arbeiter, erschöß sie wie tolle Hunde, ohne vorherige Warnung, ohne Grund. Von den Erschossenen waren zwei parteilos, drei Nationalsozialisten, einer Sozialdemokrat und zwei Kommunisten.

So sieht es im kapitalistischen Ausland aus. Und bei uns . . . ?

Statt Arbeit und Brot — Gummiknüppel und blaue Bohnen

Seit Monaten geht durch Deutschland eine Welle von Erwerbslosenunruhen. „Planmäßig von einer Zentrale aus organisiert“ schreibt die bürgerliche Schmutzpresse. Planmäßig organisiert? Von einer Zentrale aus? Jawohl, die Zentrale, die diese Unruhen organisiert, existiert: sie sitzt in den Direktionszimmern der Großbanken und Trusts, sitzt dort, wo die Notverordnungen immer neues Elend über die Massen verhängen. Jawohl, planmäßig organisiert von einem Gesellschaftssystem, das unfähig ist, den Erwerbslosen Arbeit und Brot zu geben, planmäßig organisiert von einer Gesellschaftsordnung, die schon längst reif ist, einen letzten Schritt verabsolgt zu bekommen, der sie endgültig ins Jenseits befördert samt ihren Helfern und Steigbügelhaltern.

Aus allen Gegenden Deutschlands kommen täglich neue Meldungen. Mit „Gummiknüppeln und härteren Waffen“, nach dem Ausspruch des Sozialdemokraten Severing geht die Polizei, geht das bankrotte kapitalistische System der Erwerbslosigkeit zu Leibe. Unterstützung? Wird gestrichen! Polizei? Wird verstärkt!

Arbeit und Brot? Nein!

Aber Gummiknüppel und blaue Bohnen!

Elne Frau wird in den Leib getreten

Wohin die Aufhebung der unteren Polizeibeamten durch die Offiziere führt, zeigt ein kleines Beispiel aus Rehlingen im Saargebiet. Am 27. April demonstrierten die Erwerbslosen, durch den Hunger herausgejagt aus ihren Elendslöchern. Mit unglaublicher Brutalität geht die Polizei gegen die Demonstranten vor. Elne Frau, die erst wenige Tage vorher von einer schweren Unterleibsoperation genesen ist, wird zu Boden geschlagen, und ein Gendarm trampelt mit seinen schweren Stiefeln auf ihren Leib, so lange herum, bis sie halbtot ins Krankenhaus geschafft wird.

Pollzei schießt in Hamburg

In Hamburg, wo der Sozialdemokrat Schönfelder Polizeipräsident ist, wurden am Morgen des 20. April sämtliche Erwerbslosenfunktionäre aus den Betten heraus verhaftet. Als daraufhin die Erwerbslosen auf den Stempelstellen protestierten, ließ der Polizeipräsident sämtliche Stempelstellen durch ein ungeheures Polizeiaufgebot besetzen. Die Stempelstellen wählten eine 20 Mann starke Delegation, die zum Bürgermeister Röh gehen sollte. Röh hatte sich hinter dem Rücken von 100 Schupos verhängt, die die Delegation mit Fußketten und Gummiknüppeln empfingen und die Treppe hinunterwarfen. Die kommunistischen Bürgerchaftsmitglieder, die gegen diesen Terror protestierten und verlangten, daß die Delegation empfangen würde, wurden ebenfalls verprügelt. Aber trotzdem konnte die Polizei nicht verhindern, daß sich nach Bekanntwerden dieser Vorgänge ein Demonstrationszug bildete, der unter Hungerrufen durch die Stadt demonstrierte. Mit Gewalt wurde der Zug auseinandergeschlagen.

Am 23. Mai erneuerten sich die Zusammenstöße. Auf dem Arbeitsamt demonstrierten die Erwerbslosen gegen neuen Unterstützungsraub. Die Polizei schoß das Tor des Arbeitsamtes und schoß dann wie wahnsinnig im Hof herum.

Der Seemann Ribera, Vater eines kleinen Kindes, wurde durch einen Bauchschuß so schwer verletzt, daß er wenige Stunden später im Krankenhaus starb.

Der Erwerbslosen bemächtigte sich mit Recht eine ungeheure Empörung. Sie hatten mit angesehen, mit welcher Rohheit die Polizei auf die wehrlosen, halbverhungerten Kollegen losgegangen war. Ihr berechtigter Haß wuchs und wurde durch jede Provokation der Polizei noch mehr geschürt. Am nächsten Abend zog ein Zug von mehreren Tausend Erwerbslosen durch die Stadt zum Jungfernstieg, der elegantesten Straße Hamburgs; die Erwerbslosen wußten, daß die eleganten Nichtsteuer und die fatten Bürger, die dort herumwimmeln, die eigentlichen Urheber ihres ganzen Elends sind. Die erbitterten Demonstranten warfen drei große Scheiben des Luxuslokals „Mitter-Pavillon“ ein; unter den Gästen entstand eine fürchterliche Panik. Die Polizei, die verspätet erschien, mußte sich damit begnügen, ein paar Passanten mit dem Gummiknüppel zu verprügeln.

Am 26. Mai fand eine vom Erwerbslosen-Bezirksauschuß Wasserlante einberufene, polizeilich genehmigte Versammlung statt, die zu den Vorkäufen Stellung nehmen sollte und von rund 400 Personen besucht war. Nach Schluß der Versammlung ließ die Polizei den Besuchern überhaupt keine Zeit, auseinanderzugehen, sondern schlug rücksichtslos auf jeden, der aus dem Versammlungslokal heraustrat, mit dem Gummiknüppel los.

Am Saagerplatz gingen Kriminalbeamte in Zivil mit dem Revolver in der Hand vor und knallten rücksichtslos darauf los.

Nun riß den Erwerbslosen die Geduld. Sie wandten sich gegen die Polizei. Dabei wurde ein Schupo, der sich durch besondere Brutalität ausgezeichnet hatte, verletzt. (Die bürgerliche Presse machte daraus natürlich sofort einen Toten.) Die Polizei zog sich fluchtartig zurück; wie sinnlos ihre Schieberei gewesen war, geht daraus hervor, daß ein Privatauto von der Polizei in Brand geschossen worden war. Ein Erwerbsloser wurde durch einen Rückenschuß (!) schwer verletzt, mehrere andere trugen ebenfalls Verletzungen davon.

Und was tat nun die Polizei? Ohne Rücksicht auf die berechnete Erregung der Erwerbslosen besetzte sie am nächsten Vormittag wieder sämtliche Stempelstellen. Der Erwerbslosen-Bezirksauschuß Wasserlante erließ darauf einen Aufruf, in dem es heißt:

„Im Zusammenhang mit den Zusammenstößen der letzten Tage hat die gesamte Presse, von der SPD. bis zu den Nazis, eine unerhört verlogene

Sege gegen die Erwerbslosen geführt. Wenn die kapitalistische Klasse es wagt, uns in unserer Verzweiflung zu verhöhnen und von „Krawallen radikaler Elemente“ zu schreiben, so erklären wir: es handelt sich nicht um Krawalle, es handelt sich darum, daß wir hungern und nicht bereit sind, freiwillig zu verhungern.“

Am 4. Juni verurteilte das Schnellgericht in Hamburg einen Jungarbeiter, der sich an der Hungerdemonstration vom 25. Mai beteiligt haben soll, zu der ungeheuerlichen Strafe von einem Jahr Gefängnis.

Das sind die Mittel der herrschenden Klasse gegen die Erwerbslosigkeit: Polizeischüsse und Terrorurteile!

Einheitsfront in Essen

Noch schwerer als in Hamburg waren die Zusammenstöße im Ruhrgebiet und im Rheinland. Am 29. April stürmten die Erwerbslosen das Rathaus in Castrop-Rauxel, und die unteren Beamten der Stadt, die seit Wochen kein Gehalt bekommen hatten, solidarisierten sich mit den Hungernden. Der Wohlfahrtsdezernent ließ aus Herne Polizei kommen, die die Demonstranten mit dem Gummiknüppel vertrieb.

In Essen bildete sich am 9. Mai, im Anschluß an eine Demonstration der Wohlfahrtsempfänger, ein Zentraler Kampfausschuß der Erwerbslosen, der sich folgendermaßen zusammensetzte: Willy Benke (Christl. Gewerkschaft), Rudolf Heinrich (parteilos), Hermann Hasenbeck (Bezirksunterführer der NSDAP für Segeroth) und Karl Eulenbach (KPD). Hier bildete sich zum ersten Male in den Erwerbslosenkämpfen dieses Jahres eine überparteiliche Einheitsfront zum Kampf gegen Hunger und Unterdrückungsraub!

Natürlich sah die Bourgeoisie sofort die Gefährlichkeit eines solchen Einheitskomitees für die kapitalistische Bürokratie. Es wurde daher beschlossen, die Polizei stärker als bisher einzusetzen und mit allen Mitteln gegen die Erwerbslosen vorzugehen. Schon am nächsten Tag setzte man diesen Entschluß in die Tat um. Im Anschluß an eine Kundgebung des zentralen Kampfausschusses kam es zu unerhörten Polizeiatacken auf die Erwerbslosen, die in den Abendstunden zu einem regelrechten Belagerungszustand in Segeroth, dem Arbeiterviertel Essens führten.

Polizei jagt Arbeiter in Stacheldrahtzäune!

An einer Straßenecke gab die Polizei hintereinander 30 bis 40 Schüsse ab, durch die neben einem Arbeiter und einer Frau

ein siebenjähriges Kind schwer verletzt

wurde. Auf dem Ehrenzeller Platz machte die Polizei jagt auf Menschen. Grauerregende Szenen spielten sich dort ab. Immer wieder feuerte die Polizei in die Menschenmenge, Männer und Frauen stürzten unter Schmerzensgeschrei getroffen zu Boden.

Ein Arbeiter, der von mehreren Polizisten über den Platz und in einen Stacheldrahtzaun gejagt wurde, blieb an diesem Zaun hängen und riß sich die Halsschlagader auf;

schwer verletzt wurde er ins Krankenhaus gebracht, und tagelang zweifelte man an seinem Aufkommen. Ein Polizeimajor, der zusammen mit zwei Schupos auf einen wehrlosen 65jährigen Greis einschlug, wurde von der Menge verprügelt. Nachdem die Polizei den Platz geräumt hatte, sah es aus wie auf einem Schlachtfeld. Niesige Blutlachen bezeichneten die Stellen, wo Getroffene hingestürzt waren. Mindestens 30 Personen waren schwer verletzt. Ueberfallwagen und Polizeiflitzer rasten die ganze Nacht hindurch durch die umliegenden

Straßen und leuchteten die Häuserfronten mit Scheinwerfern ab. Immer wieder erscholl der Ruf: „Fenster zu — es wird geschossen!“ Der ganze Segeroth war von einem riesigen Polizeifordon umstellt, der jeden, der in den Bezirk hinein oder aus dem Bezirk heraus wollte, nach Waffen durchsuchte. Gefunden wurde natürlich nichts.

Ein Arbeiter in der Wohnung erschossen!

In Wuppertal (Barmen-Elberfeld) kam es ebenfalls zu wichtigen Demonstrationen der hungernden Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger. Am 12. Mai ging die Polizei, angestachelt durch das Beispiel von Essen, mit der Waffe in der Hand gegen die Demonstration vor. Auch hier rasten die Polizeiwagen durch die Straßen, und

der Dachdecker Hermann Schleyer wurde von der Straße aus in seinem Zimmer durch einen Kopfschuß getötet.

132 Personen wurden verhaftet. In Elberfeld errichteten die Hungernden in der Nacht vom 28. zum 29. Mai Barrikaden, um sich gegen die wütenden Angriffe der Schupo zu wehren. Auch jetzt wurde wieder geschossen; ganze Häuserblöcke wurden abgeriegelt und nach Waffen durchsucht. Die Rote Hilfe nahm sich der Verhafteten an und erzwang, daß ein Teil von ihnen wieder freigelassen wurde.

Barrikaden in Hamborn!

Wenn in Essen und Wuppertal geschossen wird, so kann die Polizei von Hamborn das natürlich nicht ruhig mit ansehen. Sie schoß wild in den Arbeiterstraßen herum. Die Erwerbslosen errichteten aus Mülltonnen und Risten Barrikaden. Der Konsumladen von Thyssen wurde gestürmt, die Lebensmittel an Hungernde verteilt. Bei der Schießerei wurden zahlreiche Arbeiter verletzt.

Selbsthilfe: Obdachlose im Luxushotel

Zu drastischen Mitteln griffen die Erwerbslosen in Duisburg. Durch einen Wolkenbruch war die Straußkolonie, in der Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger in elenden Baracken hausten, unter Wasser gesetzt. Die Stadt erklärte sich außerstande, die Obdachlosen unterzubringen. Kurzerhand wurde auf Initiative des Erwerbslosenausschusses hin eine Arbeiterwitwe mit sechs kleinen Kindern im vornehmsten Hotel der Stadt, im „Duisburger Hof“, einquartiert. Der Hoteldirektor alarmierte natürlich sofort die Polizei; als jedoch die Beamten das fürchterliche Elend der Arbeiterfamilie sahen, weigerte sich die Schupo, die Frau mit den sechs kleinen Kindern auszuquartieren. Schließlich schickte die Stadt ein Auto, durch das die Familie in ein einfacheres Hotel gebracht wurde.

Daß die Schupobeamten sich weigerten, gegen die Frau vorzugehen, zeigt deutlich, welche Stimmung unter einem Teil der Beamten schon herrscht.

Zörgiebel in Aktion

In Dortmund amtiert der Polizeipräsident Zörgiebel, jener Zörgiebel, der 33 tote Proletarier auf dem Gewissen hat, jener Zörgiebel, dessen Blut-Mai 1929 die Berliner Arbeiterschaft nie vergessen wird. Daß die Polizei hier besonders scharf vorging, versteht sich von selbst.

Am 25. Mai kam es zu Unruhen. Die Polizei schoß scharf, ein Arbeiter wurde durch einen Bauchschuß schwer verletzt, 20 Arbeiter wurden verhaftet. Am nächsten Tag gingen die verhehten Schupos sogar so weit, daß sie Arbeiterfamilien durch Gummiknüppel verletzten.

Sozialdemokratische Schmierfinken

Eine besonders üble Rolle spielte das Dortmunder SPD-Organ, die „Volkszeitung“, die schrieb:

„Da läuft jetzt seit Tagen eine Horde junger Burschen durch die Stadt, taucht hier und dort auf, schreit Hunger und Hunger, schreit mal Hoch und mal Nieder und hat schließlich kaum etwas anderes im Sinn, als Mordtrea zu treiben und die Dortmunder Polizei zum Narren zu halten. . . . Die da auffordern zum Wohlfahrtsamt zu gehen und alles kaputtzuschlagen, sie handeln in dem dunklen Gefühl, daß es da etwas zu erben gibt, oder sie handeln aus reiner Sucht zum Standal.“

So verhöhnt die satte SPD-Bürokratie die Hungernden, unter denen sich aber tausende sozialdemokratischer Proleten befinden. Sie höhnt sie, um zu vertuschen, daß die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion und der sozialdemokratische Wohlfahrtsbezernent verantwortlich sind für den Hungerkurs der Stadt Dortmund. So höhnt sie, um von den Taten ihres Genossen Jörgiebel abzulenken.

Nazis ermorden Erwerbslose

In Gladbach-Rheydt provozierten die Nazis, würdige Verbündete der Polizei, am Vormittag des 27. Mai so lange, bis es zu Zusammenstößen kam, die noch glimpflich abliefen. Am Nachmittag hatten die Nazis Verstärkung bekommen; eine 50 Mann starke, bewaffnete Sturm-Abteilung zog durch die Hindenburgstraße, und als sie an einer Ecke einige Arbeiter sehen sahen, zogen die Mitglieder dieser „Arbeiter“-Partei ihre Revolver und erschossen den Erwerbslosen Paul Müller.

Und die Polizei? Sie verhaftete 50 — Arbeiter, die gegen den Naziterror protestierten.

Einheitsfront zwischen Nazis und Polizei

Bei einer Erwerbslosendemonstration in Köln am gleichen Tage, benahmen sich die Nazis ähnlich. Ein Nationalsozialist rief einem Schupo den Dienstreißer aus der Hand und schoß auf die Demonstranten, ohne jemand zu treffen. Die Polizei hatte nur auf dieses Signal gewartet. Sie eröffnete ein Schnellfeuer auf die Demonstranten und tötete zwei Arbeiter.

Zahlreiche Arbeiter wurden durch Bajonettstiche verletzt. Besonders schmutzig benahm sich der „Westdeutsche Beobachter“, das Organ der Kölner Nazis, der sich offen an die „System“-Polizei des Sozialdemokraten Bauknecht wandte mit der Aufforderung, schärfer gegen die Erwerbslosen vorzugehen.

Mit der Reitpeitsche gegen die Hungernden

In Chemnitz schlug die Polizei am 6. Mai mit Reitpeitschen auf die Erwerbslosen, die gegen den Hunger demonstrierten, ein. Dadurch stieg die Erbitterung der Massen begrifflicherweise so, daß es am nächsten Tag zu folgenreicheren Zusammenstößen kam. Eine Demonstration von über 1000 Erwerbslosen wurde von der Polizei aufgefordert, auseinanderzugehen. Obwohl die Demonstranten dieser Aufforderung sofort Folge leistete, gab der Polizeihauptwachmeister Lohse den Befehl zum Feuern.

Zwei Sekunden später lag der Erwerbslose Karl Müller tot auf dem Pflaster.

Zwei weitere Erwerbslose waren schwer verletzt.

Waltershausen

Den Höhepunkt des Polizeiterrors gegen die Erwerbslosen bildeten die Zusammenstöße in Waltershausen. Am 20. Mai kam es, wie das „Berliner

Tageblatt“ vom 21. Mai meldet, zu schweren Zusammenstößen zwischen Wohlfahrtsunterstützungsempfängern und der Polizei.

„Die unter den Erwerbslosen von Waltershausen bestehende Spannung“, schreibt das B.L., „wurde noch verstärkt, als das Kreisamt die Richtsäge für die Wohlfahrtsfürsorge um 10 Prozent kürzte. Die Lage in W. wird besonders dadurch erschwert, daß die Richtsäge in Thüringen weit unter dem Reichsdurchschnitt liegen und zum Teil kaum mehr als ein Drittel der Säge in den benachbarten preussischen Gebieten betragen.“

Die Erwerbslosen hatten sich geweigert, die verringerte, lächerlich niedrige Unterstützung anzunehmen. Während zwei Protestversammlungen stattfanden, holte der Bürgermeister Polizei aus Gotha. Nach Schluß der Versammlung trafen die Erwerbslosen am Rathaus auf das Polizeikommando, das ohne Warnung in die Erwerbslosen, die demonstrierten, hineinschoß.

Ein 9-jähriger Junge wurde neben 12 Arbeitern schwer verletzt, der Erwerbslose Oskar Kaufmann erschossen.

Die Polizei, die jetzt sah, was sie angerichtet hatte, verhängte den Belagerungszustand über Waltershausen und sperrte den Ort gegen die Außenwelt vollkommen ab. Sie phantasierte von „bewaffneten Haufen“, die sich in die Wälder zurückgezogen haben sollten, und veranstaltete in der Umgebung von Waltershausen regelrechte, natürlich erfolglose Treibjagden.

Spontan entstand in Waltershausen eine Einheitsfront von kommunistischen, nationalsozialistischen und sozialdemokratischen Arbeitern, die es zuwege brachte, daß die einzige Fabrik in Waltershausen, die Thüringer Schlauchfabrik und die städtischen Arbeiter in den Streik traten mit der Forderung, die Polizei aus Waltershausen zurückzuziehen. Die kleinen Geschäftsleute und Klein-gewerbetreibenden erklärten sich mit den Streikenden solidarisch und spendeten Lebensmittel zur Unterstützung der Streikenden und Erwerbslosen.

Bereits zwei Tage später standen sieben Arbeiter und eine einarmige Arbeiterfrau vor dem Schnellgericht in Gotha. Trotzdem die Beweisaufnahme einwandfrei ergab, daß die Schuld an den Zusammenstößen nur auf Seiten der Polizei lag, trotzdem der Verteidiger der Roten Hilfe durch geschickte Befragung der Polizeizeugen (andere Zeugen wurden überhaupt nicht zugelassen!) feststellte, daß zwischen der Warnung durch den Offizier und der ersten Salve eine Zeitspanne von noch nicht einer Minute war, wurden die Angeklagten zu der ungeheuerlichen Strafe von insgesamt 36½ Monaten Gefängnis verurteilt.

Aber allen Schikanen, allem Polizeiterror zum Trotz formierte sich in Waltershausen die rote Einheitsfront der Werktätigen und Ausgebeuteten. In Waltershausen haben die Proleten erkannt, daß sie einerlei welcher Partei-zugehörigkeit, nur einen gemeinsamen Feind haben: das kapitalistische System und seine Organe!

Warum gerade jetzt diese Zusammenstöße?

Warum kam es gerade in den letzten Wochen überall zu Aktionen der Erwerbslosen? Das hat seinen guten Grund. Es sind nicht die Kommunisten, die diese Unruhen „planmäßig organisieren“. Schuld an diesen Unruhen trägt die neue Abbaumelle, die über Deutschland hinweggeht. Schuld daran trägt, daß es die Erwerbslosen endlich satt haben, sich mit leeren Versprechungen die hungrigen Mägen füllen zu lassen.

Schuld sind die Exekutivorgane des Kapitalismus, angefangen bei den Sozialdemokraten, deren Minister Wiffell den ersten Unterstützungsraub durchführte, bis zu den Nazis, die die neue Hungerregierung der Barone und Schwer-industriellen tatkräftig unterstützten.

Als Wißell noch Arbeitsminister war, kamen: die Verlängerung der Wartezeit, der Anwartschaftsdauer und der Sperrfrist; die Anrechnung der Sozialrenten; die Errechnung der Unterstützung nach den Sätzen des Wohnorts anstatt des Arbeitsortes; die verschleierte Bedürftigkeitsprüfung; der Abbau der Unterstützung für verheiratete Frauen; die Willkürbestimmungen der §§ 75a, 75b, 116a usw. Und immer, heute noch, betont die SPD die „Erfolge“ ihrer Mitregiererei. Nun, die Erwerbslosen haben diese Erfolge am eigenen Leibe verspürt. — Hand in Hand mit dem Arbeitslosengesetz Wißells kam der Steuerplan Hilferdings, der die Kopfsteuer einführte, der den Besitzenden riesige Steuersummen schenkte und neue Lasten auf die Werktätigen abwälzte.

Brüning führte das weiter, was Wißell und die Hermann Müller-Regierung begonnen hatten. Und was Brüning in zwei Jahren nicht zu Ende führen konnte, — den totalen Abbau der Erwerbslosenunterstützung — das wird jetzt von Herrn von Papen und seinen adligen Kollegen durchgeführt.

Jetzt macht die SPD wieder mal in Opposition. Nachdem sie Herrn von Papen durch die Tolerierung Brünings, durch die Wiederwahl Hindenburgs in den Sattel geholfen hat, geht sie in Opposition und beginnt von neuem ihr scheinradikales Geschrei.

SPD-Arbeiter:

Hatten wir recht, als wir sagten, die Tolerierungspolitik hilft dem Faschismus zur Macht?

Hatten wir recht, als wir sagten, wer Hindenburg wählt, wählt Hitler?

Erinnert ihr euch noch der Plakate, auf die euer Vorstand geschrieben hatte: „Wer Thälmann wählt, hilft Hitler!“? Wer hat Hitler geholfen? Die Kommunisten, die unter der Parole „Klasse gegen Klasse“ in den Wahlkampf gingen, oder die „Eiserne Front“, deren ernsthafter Wille, den Faschismus zu schlagen, von den Führern dazu mißbraucht wurde, den Feldmarschall wiederzuwählen? Jetzt rufen euch eure Führer auf zum Scheintampf gegen das Kabinett der „Großgrundbesitzer, Adligen und Generale“. Ist Hindenburg kein Adliger? Kein General? Kein Großgrundbesitzer?

Sozialdemokratische Klassengenossen! Wie lange wollt ihr euch noch von euren Führern mißbrauchen lassen? Immer und immer wieder haben euch eure Führer zum Kampf gegen den Faschismus gerufen. Ihr habt ihnen geglaubt, in der ehrlichen Ueberzeugung, gegen den Faschismus zu kämpfen. Und heute? Was fehlt noch zum Faschismus?! Glaubt ihr noch weiter an das „Hineinwachsen in den Sozialismus“? Seit 14 Jahren wachsen wir hinein, jetzt mit Herrn von Hindenburg, Herrn von Papen, Herrn von Schleicher und den anderen Freiherrn, Grafen und Baronen an der Spitze.

Macht die Augen auf! Erkennt, wohin ihr gehört! Zeigt dem Faschismus, daß die rote Einheitsfront, daß die antifaschistische Aktion eine Macht ist, an der sie sich die Köpfe blutig rennen werden. . . .

Welche Pläne das Kabinett der Junker, Barone, Schwerindustriellen und Generale gegen die Werktätigen im Schilde führt, das zeigt mit aller Deutlichkeit die Regierungserklärung vom 4. Juni. Dort heißt es:

„Die Nachkriegsregierungen haben geglaubt, durch einen sich ständig steigenden Staatssozialismus die materielle Sorge der Arbeitnehmer wie Arbeitgeber in weitem Maße abnehmen zu können. Sie haben den Staat zu einer Wohlfahrtsanstalt zu machen versucht, und damit die moralischen Kräfte der Nation geschwächt. Gerade hierdurch ist die Arbeitslosigkeit noch gesteigert worden.“

Diese Regierungserklärung kann nur als eine unerhörte Provokation gegenüber den Arbeitslosen, gegenüber den gesamten werktätigen Massen bezeichnet werden. Zweifellos hat Brüning mit Hilfe der SPD-Führer eine „Wohlfahrtsanstalt“ geschaffen. Aber es war eine Wohlfahrtsanstalt für die Groß-

industriellen, für die Junker, für die Bankkapitalisten. Ihnen sind Milliarden-Subventionen von den Steuergeldern in den Rücken geworfen worden, während die karglichen Unterstützungen und Renten immer mehr, gerade durch die Notverordnungen Brünings abgebaut wurden. Der Sinn der Regierungserklärung, und besonders dieses zitierten Satzes, ist der, daß die neue Diktaturregierung Papen den heutigen Staat in noch stärkerem Maße zu einem Wohlfahrtsstaat für die bankrotten Großkapitalisten, zu einem noch größeren Elendsstaat machen will.

Die neue Notverordnung

Inzwischen sind zwei neue Notverordnungen der neuen Regierung veröffentlicht worden, die sofort, bzw. am 1. Juli in Kraft treten. Beide Notverordnungen hängen aufs engste miteinander zusammen. Die erste Notverordnung belastet noch einmal in stärkster Weise die gesamten werktätigen Massen. Auf Grund dieser neuen Notverordnung werden die Sätze für die Erwerbslosenversicherung, die Krisenfürsorge, die Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge in einem bisher noch nicht gekannten Maße herabgesetzt.

Durch diese neue Notverordnung drohelt das Kabinett Papen die Unterstützungsleistungen der Erwerbslosenfürsorge um durchschnittlich 23 Prozent.

Aber nicht genug damit. Außer diesem neuen gewaltigen Raub an den karglichen Unterstützungssätzen der Erwerbslosenversicherung steht die Notverordnung auch in der Au die „Bedürftigkeitsprüfung“ bereits nach sechs Wochen vor, so daß durch die neue Notverordnung Papens der Versicherungscharakter der Erwerbslosenversicherung so gut wie vollständig aufgehoben worden ist. Die Sätze für die Krisenfürsorge werden durchschnittlich um 10 Prozent erneut gesenkt werden. Die Hungersätze für die Wohlfahrts-erwerbslosenfürsorge werden durchschnittlich noch einmal um 15 Prozent gesenkt.

Gegenüber den Besitzenden ist die neue Notverordnung äußerst loyal. Sie enthält keine einzige Steuer, die die Besitzenden irgendwie belastet. Dafür aber wird in Form einer Arbeitslosenhilfe eine Beschäftigtensteuer erhoben, die für jeden Lohn- und Gehaltsempfänger mindestens 1½ Prozent beträgt.

Doch damit nicht genug. Bei der Invalidenversicherung, der Angestelltenversicherung, der Knappschafts- und Unfallversicherung, wird ein allgemeiner Rentenabbau von 15 Prozent durchgeführt. Das bedeutet einen Raub von 300 Millionen. Bei einem großen Teil der Kriegsbeschädigten werden die Renten der Ledigen und kinderlos Verheirateten, um mehr als ein Viertel gekürzt. 70 Millionen Mark nimmt man so allein den Kriegsinvaliden fort.

Das Gesamttopfer, das die Regierung Papen den breiten Massen aufzwingt, beträgt 1¼ Milliarden Mark.

Neben den direkten Belastungen kommen noch indirekte Belastungen hinzu. So wird durch die neue Notverordnung die Salzsteuer eingeführt und zwar mit 12 Pfg. pro Kilogramm. 100 Millionen Mark will man auf diese Weise aus den werktätigen Massen erneut herauspressen. Das sind nur einige wenige Tatsachen aus der neuen Notverordnung des Kabinetts der Barone.

Scheinverbot der SA. aufgehoben

Um die enge Verbundenheit des Adelskabinetts mit der Hitler-Partei auch nach außen hin sichtbar zu machen, hat die Papenregierung in einer neuen Notverordnung das Scheinverbot der Hitler-Garden sowohl der Schutzstaffeln (SS.), wie der Sicherheitsabteilungen (SA.) aufgehoben. Gleichzeitig treten die Hitler-Garden in einer funkelneuen Uniform auf, um die werktätigen Massen zu provozieren.

Was bedeuten diese beiden Notverordnungen, dieser unerhörte Raub an den kärglichen Pfennigen der werktätigen Massen und die Aufhebung des SA-Verbotess? Die Regierung weiß, daß ein Sturm der Empörung losbrechen wird und losbrechen muß gegenüber dem Anschlag auf das Leben der darbenenden Massen. Das Weiskabinett weiß, daß es durch diese Notverordnung den Krieg gegen die werktätigen Massen erklärt hat und es außergewöhnlicher Mittel bedarf, um den Massensturm der Empörung zurückzuschlagen. Deswegen sind die Hitler-Garden nach dem lächerlichen Scheinverbot nicht nur wieder erlaubt worden, sondern unterstehen direkt dem Reichsinnenminister des Weiskabinetts v. Gajl als offizielle Truppe. Die SA ist zur System-Armee der Papenregierung, die mit Hitler ein Bündnis geschlossen hat, geworden. Und sie wird auf Grund der Aufhebung des Verbotes sich als die Herren der Situation fühlen und von der Regierung einen Freibrief erhalten, ihre Mordtaten gegenüber den Massen in verstärktem Maße fortsetzen zu können.

Diese neue Entwicklung bedroht alle Erwerbslosen aufs äußerste. Sie verlangt den geschlossenen Widerstand gerade der Arbeiter auf den Stempelstellen. Es darf nicht möglich sein, daß die Angehörigen der SA, der Systemarmee, auf den Stempelstellen ihr demagogisches Handwerk treiben. Sie müssen von den Arbeitslosen als das gekennzeichnet werden, was sie sind: die Landsknechte des Finanzkapitals, die Landsknechte für die Unterdrückung und weitere Verelendung der Massen.

Die Drahtzieher dieser braunen Garde werden versuchen, die kommende Reichstagswahl unter den Terror der Landsknechte des Kapitals zu stellen. Der rote Massensturm der Arbeiter auf den Stempelstellen und in den Betrieben muß diese Versuche im Keim ersticken. Die antifaschistische Aktion, das heißt, die kämpfende rote Einheitsfront aller parteilosen, sozialdemokratischen, christlichen und kommunistischen Arbeiter, der gewerkschaftlich organisierten und der nichtorganisierten Werktätigen muß diesem Wahlkampf seinen Stempel aufdrücken, muß die Pläne der faschistischen Diktatur zerschlagen.

Wer hilft Euch?

Ueber diese Frage müssen sich die Werktätigen klar werden. Glaubt ihr, daß die SPD mitverantwortlich für alle Maßnahmen der Regierung Brüning, Wegbereiter der Regierung Papen, euch hilft? Glaubt ihr immer noch an die hohlen Phrasen der SPD-Bürokratie?

Glaubt ihr den Versprechungen Hitlers, der jedem verspricht, was er versprochen haben will: den Arbeitern Beibehaltung der Tarife, den Industriellen Verschlagung der Tarife, dem deutschen Volke Einstellung der Schuldentzahlungen, dem Ausland Weiterzahlung der Schulden usw. Hier einige Beispiele von dem, was die NSDAP bisher für die Erwerbslosen getan hat:

In den Jahren 1924 bis 1931 haben die Nazis nicht einen einzigen Antrag zur Besserung der Lage der Erwerbslosen eingebracht.

Ganz im Gegenteil: Fried, Franzen, Klagges stimmten im Reichsrat jedesmal gegen alle Anträge zu Gunsten der Erwerbslosen. Am 9. Dezember 1930 stimmten die 107 Nazis im Reichstag geschlossen alle Anträge der Kommunisten zur Besserung der elenden Lage der Erwerbslosen nieder.

Nicht nur das: sie setzten sich, in holder Eintracht mit Stahlhelm und Reichsbanner, für die Einführung der Arbeitsdienstpflicht ein.

Und nicht nur das: die Nazis sind es ja, die die Papen-Regierung in ihrem Plan, die Erwerbslosenversicherung ganz zu streichen, unterstützen.

Aber die Nazis tun auch etwas, um die Zahl der Erwerbslosen zu vermindern: sie ermorden sie!

Nur vier Beispiele von 145 in den letzten 2½ Jahren:

In der Kolonie Fessenecke in Berlin ermorden sie den Erwerbslosen Fritz Altmeyer, in Groß-Gerau erschießt der SA-Führer Stier die Erwerbslosen Hammer und Wehnhöfer auf offener Straße. In Gladbach ermorden sie den Erwerbslosen Paul Möller, in Alt-Glientide wurde der arbeitslose Rote-Hilfe-Funktionär, Karl Weiß, durch einen Nazi erschossen.

Noch nie haben die Selben dieser „Arbeiter“-Partei einem Kapitalisten ein Haar getrümmelt. Aber die Zahl der Erwerbslosen und Arbeiter, die sie ermordet haben, beträgt in den letzten 2½ Jahren 145.

Euch hilft nur der Kampf! Der Reichsinnenminister von Gajl hat am 9. Juni im Reichsrat erklärt, die Regierung trage den Vorwurf sie sei reaktionär, mit Gelassenheit und einem gewissen Humor. Sorgt dafür, daß denen, die noch nie in ihrem Leben gearbeitet, geschweige denn gehungert haben, der Humor vergeht!

Kämpft für eure Forderungen in der Antifaschistischen Aktion, zusammen mit der Roten Hilfe und der Kommunistischen Partei.

Das Land ohne Arbeitslose

In der ganzen Welt gibt es ein einziges Land ohne Arbeitslose: die Sowjetunion. Warum? Weil dort das Proletariat die Macht hat, weil es dort keine Kapitalisten mehr gibt, die die Proleten knechten und ausbeuten, weil man dort diese Blutsauger zum Teufel gejagt hat, weil dort der Sozialismus, der einzige Ausweg aus der Weltkrise, aufgebaut wird, während wir in der kapitalistischen Welt immer tiefer in der Barbarei versinken.

Und weil das so ist, deshalb wollen die Kapitalisten den Krieg gegen die Sowjetunion, weil sie hoffen, den aufbauenden Sozialismus niederreißen zu können und so dem Weltproletariat das leuchtende Beispiel der Sowjetunion nehmen zu können. Weil sie hoffen, durch einen neuen Krieg, der um vieles grausamer sein wird als der letzte, Millionen von Menschen, denen sie keine Arbeit und kein Brot geben können und die darum nach ihrer Meinung überflüssig sind, auf den Schlachtfeldern für ihren Profit hinschlachten lassen zu können. Weil sie glauben, die Sowjetunion niederwerfen und sich in den Besitz der ungeheuren Industrie-Unternehmen, die drüben aufgebaut werden, setzen zu können.

Und dabei rechnen sie auf eure Hilfe. Sie glauben, weil ihr nach Arbeit lechzt, werdet ihr das Bluthandwerk für sie verrichten, werdet ihr die Munition, das Kriegsmaterial herstellen, durch das eure Brüder zerfehrt werden sollen, werdet ihr euch willig zur Schlachtbank treiben lassen. Macht ihnen einen Strich durch die Rechnung!

Kampf und Solidarität

Wenn ihr geschlossen zusammensteht, wird es kein Kapitalist, keine Regierung der ganzen Welt wagen, euch und eure Lebensinteressen anzutasten.

Schon oft haben wir euch das gesagt. Aber noch nie war diese Forderung so ernst wie heute. Noch nie war die Frage der Einheitsfront so brennend, so wichtig, wie in diesem Augenblick. Schon haben die Faschisten den letzten Anlauf zur Eroberung der Macht unternommen. An euch ist es, im letzten Moment ihre Hoffnungen zunichte zu machen.

Und indem ihr gegen den Faschismus, gegen den imperialistischen Krieg kämpft, kämpft ihr für euch, für Arbeit, Freiheit und Brot!

230

Gemeinsam mit den Arbeitern, die heute noch in den Betrieben stehen, gemeinsam mit der Antifaschistischen Aktion, gemeinsam mit der Roten Hilfe, die euch in eurem schweren Kampf um Arbeit und Brot täglich unterstützt, müßt ihr kämpfen!

Solange das kapitalistische Deutschland, solange der Kapitalismus überhaupt besteht, seid ihr täglich und stündlich dem Terror der herrschenden Klasse ausgesetzt, einerlei, ob es Faschistenterror, Polizeiterror oder der Terror der Klassenjustiz ist.

Über 8000, die für euch und eure Forderungen kämpften, sitzen deshalb hinter den Kerkermauern der deutschen „Republik“. Unter diesen 8000 sitzen viele tausend Arbeiter, die als Arbeitslose sich gegen den Terror der Polizei wehrten und die praktisch den Kampf gegen den Hunger zusammen mit ihren Kollegen von der Stempelstelle aufnahmen und die jetzt hinter Kerkermauern sitzen müssen für ihren Kampf, den sie im Interesse der werktätigen Massen geführt haben.

Denkt an die acht Arbeiter von Walterhausen, die 86½ Monate Gefängnis bekommen haben, weil sie ausgebehrten gegen die abermalige Kürzung der Hungerpfennige, die Wohlfahrtsunterstützung heißt.

Denkt daran, daß die herrschende Klasse euch zwar nicht Arbeit und Brot, wohl aber blaue Bohnen gibt und euch in die Gefängnisse sperren kann.

Denkt daran, daß die Rote Hilfe die einzige Organisation der werktätigen Massen ist, die unermüdllich kämpft für die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen, die mit ihren geringen Mitteln das schwere Los der besten Kämpfer, die in den Kerkern schmachten und ihrer Angehörigen erleichtern hilft.

Seid unermüdllich tätig für dieses große Solidaritätswerk, werbt für die Rote Hilfe und stärkt durch eure Arbeit und eure Propaganda den Kampffonds der Roten Hilfe!

Denkt daran, daß die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen euch nie als Klassengeschenk in den Schoß fällt, sondern daß wir unsere tapferen Kämpfer nur befreien können durch den Kampf der Massen. Das gilt besonders jetzt, wo zwar im Preussischen Landtag mit Mehrheit Amnestie-Anträge angenommen worden sind, deren Durchführung aber einzig und allein vom Nachstoßen der revolutionären Massen abhängen wird.

Darum noch einmal: Kämpft mit der Roten Hilfe als Teil der Antifaschistischen Aktion gegen Hunger und Elend, gegen Faschisten-, Polizei-, und Justizterror, gegen imperialistischen Krieg, für die Befreiung der proletarisch-politischen Gefangenen, für ein menschenwürdiges Dasein, für Arbeit, Freiheit und Brot in einem freien, sozialistischen Deutschland!